

Andreas Lipsch

Von der Zuflucht zum Zufluchtsland

20 Jahre Erfahrungen für die Herausforderungen von heute

Vortrag anlässlich der Festveranstaltung zum zwanzigjährigen Bestehen von
„Zuflucht – Ökumenische Ausländerarbeit e.V.“ am 18. November 2014 in Bremen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

ich bedanke mich herzlich für die Einladung zu dieser Festveranstaltung und die Gelegenheit, ein paar Worte zu sagen. Zunächst möchte auch ich allen Jubilaren gratulieren und ihnen danken. Danken vor allem für euer Durchhaltevermögen. Wir werden ja gleich noch Gelegenheit bekommen, auf die 20 Jahre Vereinsgeschichte zu schauen und damit auch auf 20 Jahre deutscher Flüchtlings- und Asylpolitik, die deutlich seltener Anlass zu Dank gegeben hat. Wir werden uns dabei auch an die Zeiten der niedrigen Zahlen erinnern, wo viele, nicht nur in Kommunen, Kreisen und Ländern, sondern auch in den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden davon ausgingen, dass es bei diesen niedrigen Zahlen bleibt und entsprechend Einrichtungen und Beratungsstellen geschlossen oder zurückgefahren haben. In dieser Zeit sind auch zahlreiche Flüchtlingsinitiativen eingeschlafen und Vereine verschwunden. Ihr von der „Zuflucht“ nicht! Und das nicht nur Gott sei Dank, sondern gerade auch Dank euch und eurer Beharrlichkeit. Sie sind also alle noch da, die vielen Erfahrungen aus 20 Jahren, die heute so dringend gebraucht und erinnert werden müssen, damit die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden.

Wie kann man diese 20 Jahre zusammenfassend beschreiben? Ich denke, sehr unterschiedlich. Zwei Möglichkeiten will ich andeuten. Man könnte über diese zwanzig Jahre z.B. den Titel setzen: „Von Asylkompromiss zu Asylkompromiss“. „Zuflucht“ ist ja im Schatten des ersten Asylkompromisses entstanden. Im Schatten der rassistischen Anschläge in Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Lübeck, Hünxe, Solingen und anderswo, im Schatten der unwürdigen Antwort der Politik, die darin bestand, eine der größten Errungenschaften der jungen Bundesrepublik: die Verankerung eines Menschenrechtes auf Asyl im Grundgesetz dem rassistischen Mob zur Besänftigung anzubieten, indem sich Deutschland mit lauter sicheren Drittstaaten umgab. Wer über diese kommt, sollte künftig kein Recht mehr auf Asyl in Deutschland haben. Praktisch hieß das: Wer auf dem Landweg kam, hatte kaum eine Chance. Für Flüchtlinge, die mit dem Flugzeug landeten, drohte im Rahmen des sogenannten Flughafenverfahrens fortan ein kurzer Prozess. Auch das war Teil des großen Kompromisses. Und wer all diese neuen Hürden doch irgendwie überwand, wurde durch das Asylbewerberleistungsgesetz diskriminiert und ausgegrenzt. All das gilt bis heute unverändert. Es gibt eine beachtliche Kontinuität in der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Bis hin zum diesjährigen zweiten Asylkompromiss, in dem das Menschenrecht auf Asyl erneut Gegenstand eines politischen Geschäfts wurde. Dieses Mal einigte man sich darauf, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sogenannte „sichere Herkunftsstaaten“ einzustufen. Damit stehen Flüchtlinge aus diesen Ländern in Zukunft weitestgehend schutzlos da. Ähnlich dem ersten, so soll auch dieser zweite Asylkompromiss angesichts wieder steigender Flüchtlingszahlen auf vermutete – vielleicht auch herbeigeredete? – Belastungs- und Toleranzgrenzen der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Der Unterschied: Damals hätte man sich am liebsten aller Asylsuchenden entledigt. Im Jahr

2014 möchte man die willkommenen Flüchtlinge von den unerwünschten unterscheiden und letztere so schnell wie möglich loswerden.

Diese große Kontinuität der rechtlichen und strukturellen Flüchtlingsabwehr in der deutschen Asylpolitik macht den Titel „Von Asylkompromiss zu Asylkompromiss“ durchaus plausibel. Aber: Das ist nicht die ganze Geschichte.

Ein ganz anderer Titel über diesen 20 Jahren könnte lauten: „Vom vollen Boot zur Willkommenskultur“. Auch der wäre nicht falsch. In der Tat erleben wir heute eine völlig andere Stimmung als Anfang der neunziger Jahre, eine beeindruckende Hilfsbereitschaft, vielleicht sogar wirklich so etwas wie eine neue Asylbewegung, in der sich nicht mehr nur die üblichen Verdächtigen engagieren. Da sind neue Gesichter, junge, alte, neue Töne, neue Narrative über das Gemeinwesen. Das zurzeit Populärste ist wohl das der „Willkommenskultur“, für die man sich vor Ort stark machen möchte, einer Willkommenskultur, die alle, insbesondere auch Flüchtlinge einbeziehen und beteiligen will.

Sicher gibt es auch andere Stimmen und Stimmungen. Es gibt die Abwehr, es gibt die Proteste gegen Flüchtlingsunterkünfte, es gibt Übergriffe, es gibt rassistische Einstellungen und einen verbreiteten Rechtspopulismus. Es gibt die sogenannte „Alternative für Deutschland“, die keine ist, weil sie in diesem Trüben fischt. Aber dem allen gegenüber steht ein neues und breites zivilgesellschaftliches Engagement, das ich persönlich immer noch etwas ungläubig und verwundert beobachte.

Hält das? Geht das so weiter? Oder werden die Boote rhetorisch wieder voller werden? Wird die Belastungsmetapher in Zukunft wieder stärker das Thema bestimmen? Oder wird es gelingen, die Aufnahme von Flüchtlingen als Herausforderung, vielleicht sogar als Chance zu beschreiben? Ich weiß es nicht. Sicher bin ich mir allerdings, dass die zurzeit erstaunlich verbreitete optimistische Sicht auf das Thema Flüchtlinge nur dann eine längerfristige Chance hat, wenn sie von einer inklusiven an den Menschenrechten orientierten Flüchtlingspolitik begleitet wird. Wenn die Willkommenskultur nicht in „Willkommenstechnik“ – wie Klaus Bade das kürzlich genannt hat – stecken bleibt, sondern tatsächlich eine neue *Kultur* der Aufnahme, der Integration und der Beteiligung von Flüchtlingen entsteht.

Zu einer solchen Aufnahmekultur gehören mehr als die freundliche Begrüßung und andere weiche Faktoren. Auch die hard facts müssen stimmen, die strukturellen und finanziellen Aspekte einer nachhaltigen Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Nicht zuletzt bedarf die neue Aufnahmekultur eines neuen Narrativs für die Gemeinwesen, die Länder, für Deutschland und nicht zuletzt für Europa. Als Slogan dafür finde ich den Claim eines aktuellen Plädoyers der Diakonie Bayern gut geeignet. Der lautet: „Ja, wir sind ein Zufluchtsland.“ Das müsste von Politik, Kirchen, Verbänden, Gewerkschaften, von uns allen deutlich ausgesprochen werden. „Ja, Bremen ist ein Zufluchtsland“. Und Deutschland. Und Europa, ja, ein Zufluchtskontinent. Und dann müssten wir das durchbuchstabieren. Und es wäre großartig, wenn dabei die Erfahrungen aus den letzten 20 Jahren, eure Erfahrungen mit einflößen, um die Fehler von damals nicht zu wiederholen. Um es dieses Mal besser zu machen: Keine Kompromisse auf Kosten der Menschenrechte. Kein Wegducken vor Rassismus und Rechtspopulismus. Statt systematischer rechtlicher und sozialer Ausgrenzung von Flüchtlingen ihre Integration und Beteiligung, vom ersten Tag an.

Über zwei Jahrzehnte hinweg hat die Politik parteiübergreifend Menschen ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus von allen Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen. Kein Anspruch auf Deutschkurse, eingeschränkte Bewegungsfreiheit, Arbeitsverbote, nicht selten

Lagerunterbringung. Und genau da kann und muss die neue Aufnahmekultur beginnen: Statt ein Sondergesetz wie das Asylbewerberleistungsgesetz zu „reformieren“, sollte es ersatzlos gestrichen werden. Jetzt. Dasselbe gilt für die europaweit nur in Deutschland existierende Residenzpflicht. Die Integrationskurse des Bundes müssen für alle geöffnet werden. Vom ersten Tag in Deutschland an. In einem inklusiven an den Menschenrechten orientierten Zufluchtsland müssen alle gleichberechtigt Zugang zu Ausbildung und zum Arbeitsmarkt bekommen. Und Flüchtlinge, insbesondere junge Flüchtlinge müssen intensiv gefördert werden. Am allermeisten gilt das für die sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge.

In der vergangenen Woche wurde dem großartigen Michael Stenger der Bambi in der Kategorie „Integration“ verliehen. Es bekam ihn für die Arbeit der von ihm erfundenen und gegründeten sogenannten SchlaU-Schule (SchlaU steht für schulaloger Unterricht). In dieser besonderen Schule finden jugendliche Flüchtlinge, die oft traumatisiert und manchmal Analphabeten sind, neben dem Unterricht Halt und Unterstützung. In einem ganzheitlichen Schulbetrieb engagieren sich sechzig Lehrerinnen und Lehrer, um die Identität ihrer Schützlinge zu stärken, ihnen Vertrauen einzuflößen und ihnen neben der deutschen Sprache die Fächer beizubringen, die sie für einen Hauptschulabschluss brauchen. Mit durchschlagenden Erfolg: Im vergangenen Jahr lag die Abschlussquote bei 97 Prozent. So viel Werbung muss sein. Auch Bremen könnte eine solche SchlaU-Schule gut gebrauchen, denke ich, wie alle anderen Länder auch.

Einige von uns kennen Michael Stenger, und wir haben uns sehr mit ihm gefreut. Auch, weil durch die prominente Preisverleihung unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland nochmal eine besondere Aufmerksamkeit wächst. Das hoffe ich zumindest. Vielleicht haben Sie das ja im Fernsehen auch gesehen: wie der auch im buchstäblichen Sinn große Mann Michael Stenger – das zierliche Bambi in der Hand – mit bewegenden Worten für die besondere Förderung jugendlicher Flüchtlinge wirbt. Ich hoffe sehr, dass das in Bayern und überall gesehen und gehört worden ist, und die gegenwärtigen Pläne schnell ad acta gelegt werden, unbegleitete jugendliche Flüchtlinge in Zukunft wie andere Asylsuchende bundesweit nach Quoten zu verteilen. Ohne Rücksicht darauf, wo sie am besten unterstützt und gefördert werden können. Es wäre schlimm, wenn steigende Flüchtlingszahlen nun dazu führen würden, dass ordnungsrechtliche Maßnahmen dem Kindeswohl vorangestellt werden. Wir – und damit meine ich nicht nur Pro Asyl, sondern auch die Evangelische Kirche und die Diakonie – bitten die Verantwortlichen hier in Bremen sehr, dem entsprechenden Entschließungsantrag aus Bayern im Bundesrat nicht zuzustimmen. Die Jugendhilfe muss unbedingt Vorrang behalten vor ausländerrechtlichen Regelungen. Darum sagen Sie nein zur „Lasten“-Verteilung. Und sagen Sie ja zu den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen – hier im Zufluchtsland Bremen.

Nun zum Schmerzhaften: Eine inklusive an den Menschenrechten orientierte Flüchtlingspolitik kostet Geld. Sogar viel Geld. Aber es wäre gut investiertes Geld. Desintegration ist auf lange Sicht immer teurer als Integration. Das ist noch etwas, was wir aus den vergangenen zwanzig Jahren lernen können und sollten. Wer jetzt vorausschauend handeln und nicht nur halbherzig und kurzfristig auf die dringendsten Notlagen reagieren will, muss erhebliche Finanzmittel bereitstellen. Und das in vielen Bereichen, von der Kindertagesstätte bis zur Berufsausbildung, von der Gesundheitsversorgung bis zum Wohnungsmarkt. Gerade da, auf dem Wohnungsmarkt, muss viel passieren, weil viel zu lange viel zu wenig passiert ist. Und das hat mit Flüchtlingen erst mal gar nichts zu tun. In Deutschland gehen jedes Jahr 100.000 Sozialwohnungen verloren. Was fehlt, sind nicht nur Wohnungen für Flüchtlinge, es fehlt fast überall bezahlbarer Wohnraum.

Investitionen in diesen Bereichen sind dringend notwendige Investitionen in die Zukunft dieser Gesellschaft, in das Zufluchtsland Deutschland. Investitionen, die keiner Schuldenbremse zum Opfer fallen dürfen. Ja, ich denke tatsächlich, so groß ist das Fass, das wir aufmachen und in das wir springen müssen.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zum Zufluchtskontinent Europa sagen. Genau das nicht zu sein und nicht zu werden – ein Zufluchtskontinent – war in den letzten zwanzig Jahren erstes Ziel der europäischen Flüchtlingspolitik. Dafür wurden und werden Milliarden ausgegeben: für die Abschottung der Außengrenzen, die neuen Mauern, all das High-Tech und Militärgerät, das eingesetzt wird, um Schutzsuchende daran zu hindern, europäischen Boden zu betreten und damit womöglich Schutz und Asyl zu finden; und nicht zuletzt für die Umsetzung einer absurden und integrationsfeindlichen Zuständigkeitsregelung, die dazu führt, dass Schutzsuchende wie Frachtgut kreuz und quer durch die EU transportiert werden und letztlich keinen Ort finden. Nirgends.

Diese Kosten sind aber nicht das Schlimmste. Das Schlimmste sind die Toten, *unsere* Toten an den europäischen Außengrenzen. Die 25.000, die seit dem Jahr 2000 gezählt wurden. Und die ungezählten, die umgekommen sind im Mittelmeer und in der Sahara, dem neuen Todesstreifen vor den Mauern Europas. Nirgendwo sterben so viele Flüchtlinge wie vor den Toren dieses immer noch reichsten Kontinents der Erde.

Zum Zufluchtskontinent müsste Europa also erst noch werden. Das muss Europa allerdings, wenn es seiner weltpolitischen Rolle gerechter werden und nicht zusehen will, wie zahlenmäßig wirkliche Zufluchtsländer vor der europäischen Grenze zunehmend destabilisiert werden.

Immer mehr Flüchtlinge fliehen in erster Linie in benachbarte Entwicklungsländer. Im letzten Jahr traf das auf 86 Prozent zu, mehr denn je. Von den 3,2 Millionen Menschen, die mittlerweile aus Syrien geflohen sind, hat das kleine Land Libanon mit seinen knapp 4,5 Millionen Einwohnern 1,2 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen. Das ist mehr als ein Viertel der Bevölkerung und so, als hätten wir in Deutschland in den vergangenen beiden Jahren 20 Millionen aufgenommen. In der Türkei sind weit über eine Millionen gestrandet, in Jordanien knapp 700.000 und selbst der Irak und Ägypten haben jeder allein mehr syrische Flüchtlinge aufgenommen als alle 28 Mitgliedstaaten der EU zusammen.

Wenn Europa will, dass diese Länder ihre Grenzen weiter für Flüchtlinge offen halten, dann reicht es nicht, weitere Finanzhilfen dorthin zu schicken. Europa muss auch seine eigenen Grenzen öffnen. Europa muss sich von der Abschottungs- und Mauerpolitik verabschieden, gefahrenfreie und legale Wege für Flüchtlinge in den „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ schaffen und deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen. Und innerhalb des Zufluchtskontinents Europa muss Dublin III ersetzt werden durch eine Regelung, die die legitimen Interessen der Flüchtlinge an erster Stelle berücksichtigt. Ein konkreter Vorschlag dafür liegt mit dem Memorandum „Flüchtlingsaufnahme in der Europäischen Union“ seit letztem Jahr auf dem Tisch. Das muss eigentlich nur noch umgesetzt werden.

Was ich Ihnen und euch mit alledem sagen wollte: Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik, und zwar auf allen Ebenen, von der Kommune bis zur EU. Vielleicht muss es noch mehr sein als ein Paradigmenwechsel, ein Geisteswechsel. Ein Wechsel der Geister. Die Ablösung des Mauergeistes, von dem Besessene ja trotz des diesjährigen 9. November immer noch glauben, man bliebe bewahrt und behütet, wenn man sich einmauert.

Anstelle dieses hoffnungslos gestrigen Mauergeistes brauchen wir den Montags-Geist des Mutes, der Mauern und Grenzen überwindet und Zuflucht möglich macht.

Zwei Jahrzehnte nach dem sogenannten Asylkompromiss, dessen Ungeist der Verantwortungsabschiebung auf Dritte in den vergangenen Jahren die gesamte europäische Flüchtlingspolitik geprägt hat, wäre es nur angemessen, wenn nun auch dieser neue Geist und der Anstoß zu einem flüchtlingspolitischen Paradigmenwechsel hin zu einer menschenrechtskonformen und flüchtlingsfreundlichen Aufnahmepolitik aus Deutschland käme. Diese Vorreiterrolle Deutschlands ließen wir uns gern gefallen!

Und wer genau soll damit anfangen und mit gutem Beispiel vorangehen? Ich schlage das Zufluchtsland Bremen vor. Die Voraussetzungen hier sind ideal: Ein gerade mal 20 Jahre junger Verein, der sich Zuflucht nennt, ein gutes Netzwerk und viele kluge und engagierte Menschen.

So Gott will, schauen wir dann in nochmal zwanzig Jahren wieder zurück. Und ich weiß jetzt schon, welchen Titel ich dieser Rückschau dann geben können möchte: „Von der Zuflucht zum Zufluchtsland“.